

17/115-BW-84

# Wahlplattform Landtagswahl 1984

**Kraftvoll  
in die  
Zukunft**

**CDU**



**Wir in Baden-Württemberg**



**19. Landesparteitag**

19. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg  
Karlsruhe 4. Februar 1984



## Inhalt

	Seite:
Frieden und Freiheit in einer versöhnungsbereiten Gesellschaft	5
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	7
Solidarität mit der Jugend	14
Forschung sichert Arbeitsplätze von morgen	19
Umweltpolitik aus einem Guß	24
Auch ohne Schulden funktioniert der Staat	29
Neue Wege zur sozialen Gesellschaft	32
Grundsätze zur Gesundheitspolitik	36
Kunst und Kultur	37
Rechtsstaat gründet sich auf Sicherheit	39
Starke und lebendige Gemeinden	41
Föderative und europäische Verantwortung	45
Wahlaufruf	47

## Wahlplattform der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1984

Die CDU Baden-Württemberg kämpft am 25. März 1984 erneut um eine regierungsfähige Mehrheit in unserem Land. Wir wollen damit die erfolgreiche Politik der Zukunftssicherung fortsetzen, die Baden-Württemberg in elf Jahren alleiniger Regierungsverantwortung der CDU an die Spitze gebracht hat. Die vor uns liegenden Jahre werden vielfältige Probleme, vor allem im Bereich der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Umweltschutzes, mit sich bringen. Diese Probleme sind aber lösbar, wenn sie als Herausforderung an die gesellschaftliche Solidarität und an die politische Führungskraft verstanden werden. Die CDU Baden-Württemberg ist bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Wir können auf eindrucksvolle Leistungen verweisen, wir haben ein klares Programm, wir verfügen über fähige Persönlichkeiten in Regierung und Parlament und wir stellen mit unserem Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Lothar Späth, einen Regierungschef, zu dem es keine Alternative gibt. Deshalb bitten wir die Bürger Baden-Württembergs wiederum um ihr Vertrauen für eine Politik der Zukunftssicherung in Frieden und Freiheit.

## Wahlplakat der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1984

Die CDU Baden-Württemberg kämpft am 25. März 1984  
samt um eine regierungslängige Mehrheit in unserem  
Land. Wir wollen damit die erfolgreiche Politik der Zu-  
kunftsicherung fortsetzen, die Baden-Württemberg in  
letzten zehnjähriger Regierungsverantwortung der CDU an-  
die Spitze gebracht hat. Die vor uns liegenden Jahre  
werden vielfältige Probleme vor allem im Bereich der  
Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Umweltschutzes  
mit sich bringen. Diese Probleme sind aber lösbar, wenn  
sie als Herausforderung an die gesellschaftliche Solidarität  
sind und an die politische Führungskraft verstanden  
werden. Die CDU Baden-Württemberg ist bereit, sich  
diesen Herausforderungen zu stellen. Wir können auf  
druckvolle Leistungen verweisen, wir haben ein  
Programm, wir verfügen über tatige Persönlichkeiten in  
Regierung und Parlament und wir stellen mit unserem  
Landesvorsitzenden Ministerpräsident Lottar Späth  
einen Regierungschef zu dem es keine Alternative gibt.  
Deshalb bitten wir die Bürger Baden-Württemberg wie-  
derum um ihr Vertrauen für eine Politik der Zukunftssi-  
cherung in Frieden und Freiheit.

## Wir wollen Frieden und Freiheit in einer versöhnungs- bereiten Gesellschaft

Unsere Zeit ist gekennzeichnet von einer Vielzahl gegensätzlicher Positionen und unterschiedlicher Interessen. In einer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft ist dies nichts Ungewöhnliches. Der Streit der Meinungen darf jedoch nicht zu ideologischen Grabenkämpfen führen. SPD und FDP haben im letzten Jahrzehnt durch eine Politik der bewußten Konfrontation entscheidend dazu beigetragen, die Kräfte der Gemeinsamkeit in unserer Gesellschaft zu schwächen.

Wirtschaftswachstum und Umweltschutz wurden oftmals als unvereinbare Gegensätze hingestellt. Technischer Fortschritt wurde als unmenschlich erklärt. Der allgegenwärtige Regelungsanspruch des Staates begrenzte in immer stärkerem Maße die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen. Besonders in der Bildungspolitik, der Familien- und Sozialpolitik wurde auf mannigfache Weise versucht, den versöhnenden Interessenausgleich durch dauerndes Schüren von Konflikten zu ersetzen.

Die CDU hat sich diesen Bestrebungen von Anfang an eindeutig entgegenge- stellt. **Wir meinen: die Konfliktgesellschaft fördert das Gemeinwohl nicht. Nur eine zur Verständigung und zum Ausgleich fähige Gesellschaft ist in der Lage, die Zukunft in Frieden und Freiheit zu gestalten.** Das bedeutet nicht, daß wir einfachen Lösungen das Wort reden oder sachliche Auseinandersetzungen ablehnen. Wenn wir aber auf Dauer ein befriedetes Zusammenleben der Generationen und der vielfältigen Gruppierungen in unserer Gesellschaft sichern wollen, müssen Gegensätze aufgelöst, Übereinstimmungen gesucht und Entscheidungen einvernehmlich getragen werden.

**Viele Menschen, vor allem viele Jugendliche, verlangen nach einer politischen Perspektive. Sie wollen mehr als bloße Aneinanderreihung von Maßnahmen oder Verwaltung des gegenwärtigen Zustands. Die FDP hat keine Perspektive. Die SPD scheut sich, ihre zu nennen: denn es wäre der Weg zurück in den bürokratischen Sozialismus. Die Grünen verwechseln Utopie mit Perspektive.**

**Die CDU dagegen kann dem legitimen Bedürfnis unserer Bürger gerecht werden: denn wir haben unsere Wertvorstellungen von der freiheitlichen Entfaltung des Einzelnen in einer solidarischen Gesellschaft immer in**

**eine ganzheitliche Politik umgesetzt. Unsere Politik gründet auf der Achtung vor der unantastbaren Würde des Menschen, auf dem aktiven Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf der Liebe zu Volk und Heimat, auf den Geboten der christlichen Nächstenliebe und der Brüderlichkeit. Diese Maßstäbe verpflichten uns dem Einzelnen wie der Gemeinschaft gegenüber.**

Mit der Schaffung des Modells der sozialen Marktwirtschaft haben wir wirtschaftliche und soziale Interessen miteinander in Einklang gebracht. Dasselbe werden wir mit der Harmonisierung von Wirtschaft und Umwelt erreichen. Wir wollen zeigen, daß die Jugend auch heute gute Zukunftschancen hat, wenn richtige Politik und bürgerschaftlicher Gemeinschaftsgeist zusammenwirken. Der Weg vom Gegeneinander zum Miteinander, vom Konflikt zum Konsens, ist weder kurz noch einfach, aber die Perspektive einer versöhnungsbereiten Gesellschaft, die aus Einsicht gemeinwohlbezogen handelt, lohnt die Anstrengung, ihn zu gehen.

Frieden und Freiheit gehören untrennbar und unteilbar zum Ganzen dieser Gesellschaft. Es gibt keinen dauerhaften Frieden auf Kosten der Freiheit. Es darf keine Freiheit geben, die den Unfrieden will. Unser Volk weiß dies, aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung und aufgrund tiefverwurzelter demokratischer Gesinnung. Deshalb lassen wir es nicht zu, daß unterschiedliche Auffassungen über den besten Weg zur Friedenssicherung in mangelhaften Friedenswillen oder fehlende Friedensfähigkeit umgemünzt werden. Wir bedrohen niemanden. Wir geben aber unsere Freiheit auch nicht auf, indem wir uns fremden Drohungen schutzlos unterwerfen. Wir wollen nicht aufrüsten, sondern abrüsten. Aber dies muß gleichgewichtig in Ost und West geschehen, damit der Friede sicherer wird.

**Wir bleiben gesprächsbereit und strecken die Hand zur Versöhnung auch über faktische und ideologische Grenzen hinweg aus.** Denn wir sind der Überzeugung: Nicht nur wir Deutsche brauchen den Abbau von Konfrontationen und Konflikten. Die immensen Probleme in der Welt, der Gegensatz reicher und armer Nationen, die Zunahme von Hunger, Armut, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit in einer rasch wachsenden Weltbevölkerung - dies alles kann nur durch gemeinsames Handeln füreinander bewältigt werden. Die versöhnungsbereite Gesellschaft ist notwendig, damit die Menschheit überleben kann. Wir setzen all unsere Kraft und Erfahrung ein, um dieses Ziel Wirklichkeit werden zu lassen.

## **Wer arbeiten will, soll arbeiten können**

**Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste politische und gesellschaftliche Aufgabe in diesem Jahrzehnt. Die CDU wird ihre ganze Kraft einsetzen, um durch eine zukunftsgerichtete Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zur Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes beizutragen. Wer arbeiten will, soll arbeiten können.**

SPD und FDP haben durch Versäumnisse und falsche Weichenstellungen zu Lasten der Wirtschaft im letzten Jahrzehnt den Arbeitnehmerinteressen schwer geschadet. Die CDU weiß, daß es sichere Arbeitsplätze nur in einer modernen und leistungsfähigen Wirtschaft gibt. Wir vertreten die Belange der Arbeitnehmer durch politischen Sachverstand, nicht mit klassenkämpferischen Parolen. Gerade deshalb haben wir das Vertrauen der Mehrheit der Arbeitnehmer gewonnen.

Zur Bewältigung des Strukturwandels bedarf es abgestimmter politischer und wirtschaftlicher Strategien. Hinzu kommen muß aber auch ein besonderes Maß an arbeitsmarktpolitischer Solidarität zwischen Unternehmern, Arbeitsbesitzern und Arbeitsplatzsuchenden. Wir appellieren deshalb eindringlich an alle, nicht in der bedingungslosen Verteidigung von Besitzständen zu verharren, sondern gemeinsam und flexibel nach neuen Antworten auf die Herausforderung dieser Jahre zu suchen.

### **● Investitionen schaffen Arbeitsplätze**

Die Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft bleibt die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Nur wachsende Investitionen vergrößern das Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Wir haben in Baden-Württemberg eine Reihe vorbildlicher Fördermaßnahmen und -einrichtungen zur Verbesserung der Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geschaffen.

Dennoch werden aus heutiger Sicht die realen Wachstumsraten allein in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Arbeitsplatznachfrage geburtenstarker Jahrgänge, der technologische bedingte beschleunigte Produktivitätsanstieg und die verschärfte internationale Wettbewerbssituation machen zusätzliche, die Politik der Wachstumsförderung unterstützende Maßnahmen, erforderlich.

### ● Chancen der neuen Technologien nutzen

Auch eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit kann erhebliche arbeitsplatzschaffende Wirkungen auslösen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die unterschiedliche Kosten- und Wettbewerbssituation der Unternehmen stets im Auge behalten wird. Eine generelle Senkung der Wochenarbeitszeit ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe würde durch beschleunigte Rationalisierung und weitere Insolvenzen mehr Arbeitsplätze gefährden als neue schaffen. Auf der anderen Seite entspricht das starre Festhalten an einer festen Wochenarbeitszeit nicht mehr dem neuen technologischen Chancenpotential, das in vielen Fällen eine bessere Kapazitätsauslastung, elastischere Produktions- und Organisationsabläufe und individuellere Arbeitsgestaltungen ermöglicht.

Die CDU sieht die Tarifpartner in einer historischen Verantwortung: Sie haben es in der Hand, durch den Verzicht auf Positionen und Schablonen von gestern zugunsten einer innovativen, zukunftsgerichteten Neustrukturierung der Arbeitszeit Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland mit neuer Dynamik zu erfüllen. Der wirtschaftliche und technische Strukturwandel in den 80er Jahren kann nur mit wirtschaftlicher und sozialer Fantasie, Sachverstand und durch die Bereitschaft zur Kooperation bewältigt werden.

### ● Flexible Arbeitszeiten auch im öffentlichen Dienst

Diese Forderung richtet sich nicht nur an die Tarifparteien, an Unternehmer und Arbeitnehmer, sondern in gleicher Weise an die öffentliche Hand. Auch der Staat muß deutliche Zeichen struktureller Anpassungsfähigkeit setzen. Die CDU unterstützt nachdrücklich die Ausweitung der flexiblen Arbeitszeitmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. Wir erwarten, daß Bund und Länder den Handlungsspielraum zur kostenneutralen Erhöhung des Arbeitsangebot voll ausschöpfen, den die CDU Baden-Württemberg mit ihrer Bundesratsinitiative im Herbst 1983 eröffnet hat. Die freiwerdenden Stellen müssen unverzüglich und nach Möglichkeit mit Angehörigen der jungen Generation wiederbesetzt werden.

### ● Konsequenter Abbau von Erhaltungssubventionen

Die öffentliche Hand muß darüberhinaus aber auch den Mut haben, Subventionen für überholte Wirtschaftsstrukturen abzubauen oder gänzlich einzustellen. In einer freien und offenen Volkswirtschaft kann der Staat nicht auf Dauer Strukturen künstlich stützen, deren Veränderung oder Verdrängung der Markt verlangt. Erhaltungssubventionen bewirken keine dauerhafte Sicherung von

Arbeitsplätzen. Sie tragen in der Regel zur Wettbewerbsverzerrung und damit zur Arbeitsplatzgefährdung in gesunden Unternehmen bei und verhindern die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch rechtzeitige Anpassungsmaßnahmen.

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich deshalb nachhaltig für den konsequenten Abbau von Erhaltungssubventionen aus. **Die dadurch frei werdenen Mittel müssen zukunftsorientiert eingesetzt werden: Für mehr Forschungsförderung und Technologietransfer, zur Unterstützung von Existenzgründungen und zur Verbesserung der Exportfähigkeit unserer Unternehmen.** Nur auf diese Weise lassen sich genügend Investitionsanreize für einen verstetigten, von der Binnenkonjunktur getragenen Wirtschaftsaufschwung herstellen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ausschöpft, um der wachsenden Neigung zu subventionistischen staatlichen Eingriffen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft entgegenzuwirken.

### ● Die Risikobereitschaft fördern

Wir sehen mit Sorge, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Versorgungsmentalität immer noch stärker verbreitet ist als die Risiko- und Wagnisbereitschaft.

Dies ist, neben der hohen Staatsverschuldung und der strukturellen Arbeitslosigkeit, eine der schwersten, von SPD und FDP hinterlassenen Hypothesen.

Das Bestreben, alle Risiken auszuschalten oder anderweitig abzudecken, hat zu einem erheblichen Verlust an Innovationsfähigkeit geführt. Erfindungsgeist und Investitionsbereitschaft sind aber unentbehrliche Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit in unserer Wirtschaft. **Es gibt keinen Ersatz für unternehmerisches Handeln und für den Mut junger Menschen, sich selbständig zu machen.**

Deshalb unterstützen wir mit Nachdruck alle Schritte, die geeignet sind, die Risikobereitschaft von Kapitalanlegern für Beteiligungen an inländische technologieorientierten Unternehmungen zu fördern.

Hierzu brauchen wir eine innovations- und investitionsfreundlichere Steuergesetzgebung, die zwischen risikobehafteten und risikoarmen Geldanlagen, entnommen und reinvestierten Gewinnen deutlich unterscheidet.

Wir verkennen jedoch nicht, daß der finanzielle Spielraum des Bundes für steuerliche Entlastungen derzeit gering ist. Durch eine stärkere Ausrichtung der bereits vorhandenen Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung auf die Be-

dürfnisse junger Unternehmer läßt sich aber jetzt schon, auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts, auch mehr Risikokapital für Unternehmensgründungen gewinnen.

### ● Gefahr zunehmender Ausländerarbeitslosigkeit

Eine vorausschauend planende und verantwortlich handelnde Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze kann die Frage, wie sich der Anteil ausländischer Erwerbspersonen entwickelt, nicht außer Acht lassen. SPD und FDP verschließen vor diesem Problem die Augen und handeln damit den deutschen wie den ausländischen Arbeitsplatzsuchenden gegenüber gleichermaßen verantwortungslos.

Allein die Zahl der deutschen Erwerbspersonen wird sich bis zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg um über 200.000 erhöhen. Danach flacht die Kurve ab, was zu einer Entspannung der Arbeitsmarktsituation führen könnte. Die Quote ausländischer Erwerbspersonen wird jedoch, trotz Anwerbestop und Familienzuzugsbeschränkungen, auch in den 90er Jahren kontinuierlich ansteigen. Der Ausländeranteil bei den Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren wird von derzeit rund 10 % auf 22 % im Jahr 1995 ansteigen.

**Das zeigt: Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird zunehmend zu einem Problem junger arbeitsloser Ausländer werden. Bereits heute liegt die Ausländerarbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt. Wer dieser Entwicklung tatenlos zusieht, handelt inhuman und gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land.**

**Es gibt deshalb für uns keine Alternative zur Politik des Anwerbestops, der konsequenten Beschränkung des Familiennachzugs, der Rückkehrförderung auf freiwilliger Basis und der Integration vor allem der zweiten Ausländergeneration.** Eindämmung des Zustroms, Eingliederung der Bleibewilligen und wirksame Hilfen zum Aufbau einer modernen Wirtschaftsstruktur in den Heimatländern der Ausländer müssen Hand in Hand gehen.

### ● Die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs ist ungebrochen

**Wir stellen mit Befriedigung fest, daß Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren besser als alle anderen Bundesländer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemeistert hat. Die Arbeitslosenquote in unserem Land ist mit Abstand die niedrigste im Bundesgebiet. Dasselbe gilt für die Zahl der Insolvenzen.**

Wo Arbeitsplätze durch Betriebsschließungen in Gefahr gerieten, haben Landesregierung und Landeskreditbank nach Kräften geholfen, so daß auch in diesen Fällen von 100 bedrohten Arbeitsplätzen 70 erhalten werden konnten. Weit überdurchschnittlich hat sich schließlich die Zahl der Existenzgründungen entwickelt. Wir sehen in diesen und anderen Leistungsdaten einen Beweis für die ungebrochene Wirtschaftskraft unseres Landes, für Fleiß und Können unserer Bürger und für die Richtigkeit einer Politik, die Arbeitnehmern, Selbständigen und Unternehmen gleichermaßen dient.

### ● Bewährtes und Neues in der Wirtschaftsförderung

**Wir werden die bewährten Instrumente der Mittelstandsförderung, wie sie im Wirtschaftsförderungsprogramm zusammengefaßt sind, fortführen. Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen, zur Innovations- und Exportförderung werden weiterhin schwerpunktmäßig ausgebaut. Besonderes Augenmerk werden wir darauf richten, daß der Maschinenbauindustrie unseres Landes die Integration der Mikroelektronik, der Sensor- und Lasertechnik rasch und in breitem Umfang gelingt. Zu diesem Zweck werden die fachlichen Beratungsstellen konsequent ausgebaut und erhebliche Fördermittel bereitgestellt.**

Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik werden als Einheit angesehen. Auch auf dem Gebiet der Exportunterstützung wollen wir die Beratungs- und Informationsdienste noch intensivieren. Eine wichtige Rolle hierbei kommt der „Exportstiftung Baden-Württemberg“ zu, deren Gründung die Landesregierung entsprechend einer Empfehlung der Sachverständigenkommission „Exportförderung“ erfolgreich eingeleitet hat. Um unseren Unternehmen den Einstieg in neue Märkte zu erleichtern, werden wir die Messe- und Ausstellungenbeteiligungen sowie die vielfältigen offiziellen Wirtschaftskontakte des Landes weiter intensivieren.

Die Erfahrungen der bisherigen Zusammenarbeit mit Ländern wie der Volksrepublik China, Japan, Saudi-Arabien, Tunesien, Argentinien, Mexiko und mehreren Osthandelsländern ermutigen uns, Baden-Württemberg im Jahr 1984 offensiv in Südostasien als einer der dynamischsten wirtschaftlichen Wachstumsregionen darzustellen.

### ● Für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung

Gesicherte Arbeitsplätze erfordern eine gesicherte und kostengünstige Energieversorgung.

Wir werden der Förderung energiesparender Maßnahmen, der Ersetzung des Mineralöls und der Entwicklung alternativer Energiequellen auch in der nächsten Legislaturperiode hohe Priorität einräumen. Die Kernenergie ist, vor allem zur Stromerzeugung im Grundlastbereich, unverzichtbar.

Die umweltpolitische Komponente der Energieerzeugung erhält ein immer stärkeres Gewicht. Deshalb sehen wir nicht nur die Notwendigkeit, den Heizölanteil so schnell wie möglich aus der Stromerzeugung herauszudrängen, sondern auch das Erfordernis, die Kohlebezüge der Kraftwerke unseres Landes im Rahmen des ökonomisch und ökologisch Vertretbaren zu halten. Die im sogenannten Kohle-Jahrhundertvertrag vereinbarten Abnahmequoten baden-württembergischer Energieversorgungsunternehmen bedürfen insoweit einer kritischen Überprüfung. **Wir begrüßen die Bereitschaft der Energieversorgungsunternehmen unseres Landes, über die Vorschriften der Großfeuerungsanlagen-Verordnung hinaus in den nächsten Jahren weitere Altanlagen stillzulegen oder in die Kaltreserve zu überführen. Dadurch können die Emissionen nochmals erheblich abgesenkt werden.**

#### ● Verkehrspolitik zur Verbesserung der Lebensqualität

Die Verkehrs- und Straßenbaupolitik wird auch künftig darauf ausgerichtet, noch bestehende Versorgungslücken zu schließen, durch bedarfsgerechten Ausbau die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs zu engen Kooperationsgemeinschaften zusammenschließen. Einen Schwerpunkt werden wir in der weiteren Verbesserung der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden durch Maßnahmen zur Verminderung von Umweltbelastungen und zur Verkehrsberuhigung setzen.

#### ● Gezielte Fremdenverkehrsförderung

Die Fremdenverkehrsförderung bleibt ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik gerade für den ländlichen Raum. Wir wollen durch gezielte Fördermaßnahmen die Attraktivität des Fremdenverkehrs in unseren Kur- und Erholungsorten sowie in den Fremdenverkehrsgebieten steigern.

#### ● Aktive Agrarpolitik der CDU

**Die CDU hat seit jeher eine aktive Agrarpolitik betrieben. Mit den Fördermitteln für den Agrarbereich konnten in unserem Land erhebliche strukturelle Verbesserungen erzielt werden. Baden-Württemberg schneidet hierbei im Ländervergleich gut ab.**

Im Interesse unserer Landwirtschaft, insbesondere der von der Natur benachteiligten Gebiete, wurden die Maßnahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserungen der Agrarstruktur“ durch zusätzliche Landesmittel deutlich verstärkt.

Die Regionalprogramme des Landes sind eine wesentliche und beispielhafte Hilfe für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Die Ziele unserer Regionalpolitik zur Erhaltung und Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe finden jetzt auch ihren Niederschlag in der Europäischen Gemeinschaft.

Auch in der Dorfentwicklung kann die CDU eine außerordentlich positive Bilanz vorlegen. Baden-Württemberg allein stellt hierfür etwa soviel Mittel zur Verfügung wie alle anderen Bundesländer zusammen.

Der bäuerliche Familienbetrieb mit weitgehend bodenabhängiger Produktion bleibt auch künftig Leitbild unserer Agrarpolitik. Wir treten ein für eine Agrarpolitik, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landwirtschaft verbessert sowie eine Versorgung der Verbraucher mit Nahrungsgütern hoher Qualität und zu angemessenen Preisen ermöglicht.

Der Schutz der Umwelt ist eine lebenswichtige Aufgabe. Auch im Bereich der Agrarpolitik wird deshalb die CDU ökologische und ökonomische Erfordernisse gleichrangig berücksichtigen. Gerade diese Zielsetzung kann mit der in Baden-Württemberg vorhandenen Struktur von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben am besten erreicht werden. Wir werden die Interessen unserer Landwirtschaft auch künftig in Bonn und Brüssel mit Nachdruck verfolgen.



## **Junge Menschen haben Anspruch auf besondere Solidarität**

Junge Menschen, die heute und in den nächsten Jahren nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen suchen, dürfen nicht deshalb benachteiligt werden, weil sie zu den sogenannten geburtenstarken Jahrgängen gehören. Nichts wäre schlimmer, als ihnen das Gefühl zu geben, für unsere Gesellschaft eine Belastung zu sein. Das Gegenteil ist richtig: **Die Jugend ist das größte Zukunftskapital eines Volkes. Sie verkörpert das dynamische und belebende Element im Fortgang der Geschichte, auf ihr ruhen die Hoffnungen der Erwachseneneneration.**

Nicht Hoffnungslosigkeit, sondern Hoffnung, gegründet auf realen Aussichten, wollen wir daher unseren Kindern vermitteln. Wir wollen ihnen zeigen, daß Staat und Gesellschaft sie mit ihren Problemen nicht allein lassen, sondern tatkräftige Hilfe leisten. Junge Menschen haben Anspruch auf besondere Solidarität. Diese Solidarität muß sich besonders in der Schaffung ausreichender, qualifizierter Ausbildungsplätze und zukunftssicherer Arbeitsplätze erweisen.

### **● Besondere Anstrengungen für die Zukunftsvorsorge sind nötig**

Wir stellen mit Dankbarkeit und Anerkennung fest, daß die Wirtschaft unseres Landes die Ausbildungskapazitäten in den vergangenen Jahren immer weiter erhöht hat. Dies erforderte große Anstrengungen und die Bereitschaft, teilweise „auf Vorrat“ auszubilden.

Wir appellieren nachdrücklich an alle Unternehmer und Selbständigen, diese vorbildliche, von hoher sozialer Verantwortung zeugende Haltung auch in den nächsten Jahren einzunehmen. Reserven, die wir jetzt brach liegen lassen, werden uns mit Sicherheit im nächsten Jahrzehnt fehlen. Darum müssen wir die 80er Jahre als eine Zeit des Übergangs begreifen, in der es sich für alle lohnt, besondere Anstrengungen für die Zukunftsvorsorge auf sich zu nehmen.

### **● Die CDU fördert seit langem die Schaffung von Ausbildungsplätzen**

**Baden-Württemberg hat schon 1975, als erstes Bundesland, ein Sonderprogramm zur Sicherung von Ausbildungsplätzen geschaffen. Weit über 200 Mio. DM sind seither eingesetzt worden, um über 50.000 Aus-**

**bildungsplätze zu fördern. Allein zwischen 1980 und 1984 konnten mit einem Aufwand von 81 Mio. DM knapp 30.000 Ausbildungsplätze geschaffen werden.**

Auch zur Verbesserung der Chancen jener Jugendlicher, die mangels beruflicher oder schulischer Qualifikationen besondere Schwierigkeiten bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche haben, hat die CDU viel getan. Mit den gezielten vorbereitenden Maßnahmen des **Sonderprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** konnte einer wachsenden Zahl von jungen Menschen zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen verholfen werden.

**Wir werden diese Förderung mit gleicher Intensität fortführen. Unser besonderes Augenmerk gilt der Ausbildungssituation in bestimmten Engpaßgebieten und der Schaffung von Ausbildungsplätzen für Mädchen.** Wir werden wiederum, zusammen mit den Kammern, Verbänden und Arbeitsämtern, gezielte Lehrstellenaktionen durchführen. Sollten sich neue regionale Ungleichgewichte auf den Lehrstellenmärkten ergeben, werden wir das Sonderprogramm zur Sicherung von Ausbildungsplätzen entsprechend ausweiten.

Die Landesregierung hat durch die Bereitstellung von 1.255 Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst und durch die Einrichtung von mehr als 80 beruflichen Vollzeitklassen im Jahr 1983 gezeigt, daß sich auch das Land nach Kräften an der „Ausbildung auf Vorrat“ beteiligt. Diese Bereitschaft, das Ausbildungsplatzangebot vor allem in verwaltungstypischen Berufen zu verbessern, wird auch in den nächsten Jahren vorhanden sein.

### **● Wir haben die bildungspolitische Trendwende eingeleitet**

**Eine gute schulische Ausbildung ist die wichtigste Voraussetzung, um in der beruflichen Bildung und im Beruf selbst erfolgreich zu sein.** Wir haben, nach Jahren des quantitativen Ausbaus des Bildungswesens und einer überwiegend fachwissenschaftlichen Betrachtung des Bildungsauftrags der Schulen, in Baden-Württemberg eine bildungspolitische Trendwende eingeleitet.

Die in der Landesverfassung und im Schulgesetz verankerten Erziehungs- und Bildungsziele sind Richtschnur unseres Handelns. Erziehungsauftrag und Wissensvermittlung stehen wieder gleichberechtigt nebeneinander. Unsere Kinder sollen in der Entwicklung ihrer Gesamtpersönlichkeit gefördert werden. Dazu gehören, neben dem Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten, die Entfaltung emotionaler und kreativer Kräfte ebenso wie die Aneignung ethischer und sozialer Werte. Ehrfurcht vor Gott, christliche Nächstenliebe und Heimat-

liebe - diese und andere verfassungsrechtlich vorgegebenen Grundwerte unseres Zusammenlebens sind das Fundament unserer bildungspolitischen Gesamtkonzeption.

#### ● Die wichtigsten Maßnahmen dieser Konzeption sind

- die **Revision der Lehrpläne** im Sinne einer stofflichen Entlastung und der Erweiterung des pädagogischen Freiraums der Lehrer;
- ein **Gesamtkonzept zur Stärkung der Hauptschule**, das dieser Schulart ihren alten Rang als wichtigste weiterführende Schule für berufsbezogene Bildungsgänge wiedergeben soll,
- und die **Korrektur der gymnasialen Oberstufe**, mit der einer zu frühzeitigen Spezialisierung und damit der Gefährdung der allgemeinen Studierfähigkeit entgegen gewirkt wird.

Wir werden diesen Kurs konsequent fortsetzen. Mit Beginn des Schuljahrs 1984/85 treten die neuen Lehrpläne in Kraft.

#### ● Die Hauptschulen werden aufgewertet

Die Maßnahmen zur Verstärkung des Praxisbezugs und zur Erweiterung des Bildungsangebots an den Hauptschulen unseres Landes werden ausgebaut. Zwischen Hauptschulen und beruflichen Schulen erfolgt eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit. Mit der Einführung eines Abschlußverfahrens an den Hauptschulen streben wir die Aufwertung des Abschlußzeugnisses bei den für die Berufsausbildung zuständigen Einrichtungen an. **Guten Hauptschülern wird darüberhinaus die Möglichkeit eröffnet, nach erfolgreicher Berufsausbildung einen mittleren Bildungsabschluß zu erreichen, der zum Besuch der Berufskollegs und der Fachschulen berechtigt.** Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um Hauptschülern auch im öffentlichen Dienst einen verbesserten Zugang zu schaffen. Mit der qualitativen Aufwertung der Hauptschule verhindern wir, daß der von vielen befürchtete „Verdrängungswettbewerb“ zwischen den einzelnen Bildungsabschlüssen Wirklichkeit wird.

#### ● Die Berufsakademien werden ausgebaut

**Den Abiturienten haben wir mit der nur in Baden-Württemberg gegebenen Einrichtung der Berufsakademien eine attraktive Alternative zum Hochschulstudium eröffnet.** Die Erfahrungen mit diesem Studiengang, der

sich durch eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis auszeichnet, sind durchweg positiv. Mehr als 1.500 Betriebe in Baden-Württemberg beteiligen sich derzeit mit rund 3.800 Ausbildungsplätzen an den Berufsakademien. Wir werden, wie im Ausbauplan für Berufsakademien vorgesehen, deren Gesamtkapazität bis 1985 auf 5.000 Studierende ausweiten und dabei besonderes Gewicht auf die Ausbildungsbereiche Technik und Wirtschaft legen.

#### ● Reelle Studienchancen

Unsere Abiturienten sollen nach wie vor eine reelle Chance auf solche Studienplätze haben, die mit guten Berufsaussichten verbunden sind. An diesem Ziel orientieren wir uns auch in den kommenden Jahren. Wir werden daher vor allem die naturwissenschaftlichen und technischen Studiengänge weiter verstärken, um neue Zulassungsbeschränkungen zu vermeiden. **Schwerpunkte bei der Einrichtung neuer Studiengänge sind die Informationswissenschaft, Mikroelektronik, Meß- und Regelungstechnik, Biochemie und Biotechnik sowie Gen-Technologie.**

Mit der eingeleiteten Umschichtung von Ausbildungskapazitäten aus dem Lehrerbildungsbereich in die Ingenieur- und Naturwissenschaften berücksichtigen wir nicht nur die veränderte Nachfragesituation am Arbeitsmarkt. Wir reagieren damit auch auf Anpassungen, die viele Studienbewerber in realistischer Einschätzung der Berufschancen selbst vorgenommen haben. Der Zugang zu den Lehramtsstudiengängen ist innerhalb der letzten 7 Jahre um 40 % zurückgegangen, während sich die Zahl der ingenieurwissenschaftlichen Studenten im gleichen Zeitraum um über 50 % erhöht hat. Das zeigt: Unsere Abiturienten verhalten sich wesentlich vernünftiger, als ihnen dies vielfach unterstellt wird.

#### ● Die Schulen müssen auf die neuen Technologien vorbereiten

Das Eindringen von Mikroelektronik und Computertechnik in immer größere Bereiche unseres Lebens macht eine Befassung der Schulen mit diesem Themen unabdingbar.

**Insbesondere Grundkenntnisse in der Informatik gehören schon heute zur Allgemeinbildung. Die CDU tritt deshalb dafür ein, so rasch wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen, damit allen Schülern an allgemeinbildenden Schulen ein Einführungsunterricht in die Informatik erteilt werden kann.** Interessierte Schüler müssen die Möglichkeit erhalten, im

Rahmen eines Wahlangebots vertieft in diese Thematik einzusteigen. Noch vorhandene Lücken in der Ausbildung von Lehrern für das Fach Informatik müssen im Wege der Lehrerfortbildung schnell geschlossen werden.

Es geht uns bei all dem nicht um das Wiederaufleben verfrühter Spezialisierungstendenzen oder um einen Eingriff in das pädagogische Wirken des Lehrers. Vielmehr wollen wir unsere Kinder, die in einer Welt voller Informationstechnik leben werden, auf deren Anforderungen behutsam vorbereiten.

**Private Schulen ergänzen das Angebot freier Schulwahl und fördern das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts.** Das Recht zu ihrer Errichtung ist grundgesetzlich verbrieft. Wir sehen es daher auch in Zeiten schwieriger Haushaltsbedingungen als gesetzliche Aufgabe des Staates an, private Schulen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedingungen öffentlich zu fördern.

## Forschung öffnet das Fenster zur Zukunft

**Die Forschung von heute sichert die Arbeitsplätze von morgen.** Die baden-württembergische Wirtschaft ist vorwiegend mittelständisch geprägt, und sie ist in besonderem Maße exportabhängig. Unsere Unternehmen können sich gegen zunehmende Konkurrenz auf den internationalen Märkten nur behaupten, wenn sie den wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel offensiv mitvollziehen. Hierfür müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein:

- *Wir brauchen in unserem Land vor allem auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet starke, zukunftsorientierte Forschungskapazitäten,*
- *und wir brauchen eine schnelle Umsetzung anwendungsbezogener wissenschaftlicher Erkenntnisse und Informationen in die mittelständische Wirtschaft hinein.*

In beiden Bereichen hat die CDU in Regierung und Parlament Vorbildliches geleistet. Baden-Württemberg kann heute auf den Erfolgen einer traditionell forschungsfreundlichen Politik aufbauen. Wir haben uns dabei in der Vergangenheit weder durch modische antitechnische Zeitströmungen noch durch schwierige Haushaltslagen beirren lassen. Wir haben konsequent daran festgehalten, daß Investitionen in neue Erkenntnisse eine der wichtigsten zukunftssichernden Investitionen überhaupt sind.

### ● Eine Fülle von Initiativen

**Heute befindet sich ein Viertel aller Sonderforschungsbereiche im Bundesgebiet an baden-württembergischen Universitäten.** Jede vierte Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft ist in Baden-Württemberg angesiedelt. Fast jeder zweite Mitarbeiter der Fraunhofer-Gesellschaft arbeitet in unserem Land. Überdurchschnittlich viele Forschungsgelder von staatlicher oder privater Seite fließen nach Baden-Württemberg - ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der hier betriebenen Forschung.

Wir haben gerade in jüngster Zeit eine Fülle neuer Initiativen ergiffen, die den Rang der Spitzenforschung in zukunftssträchtigen Bereichen noch erheblich

verstärken werden. Aufbauend auf den Empfehlungen einer, von der CDU-Landesregierung eingesetzten Forschungskommission, wurden eine Reihe von Forschungsschwerpunkten beschlossen oder geschaffen, beispielsweise

- ein **Gentechnologisches Zentrum** in Heidelberg
- ein **Forschungszentrum Informatik** in Karlsruhe
- ein **Europäisches Zentrum für Luftreinhaltung** (Bekämpfung des Waldsterbens) in Karlsruhe
- ein **Forschungsschwerpunkt für Mikro- und Optoelektronik** in Stuttgart
- ein **Zentrum für Mikroelektronik** in Stuttgart.

**Über 3 Milliarden DM werden 1984 für Wissenschaft und Forschung in Baden-Württemberg ausgegeben.** Wir sind überzeugt, daß dieses Geld gut angelegt ist.

Unsere Bürger leisten mit den Steuern, die zur Finanzierung neuer wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse verwandt werden, einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen. Deshalb werden wir mit Nachdruck die Politik einer konzentrierten Forschungsförderung fortsetzen. Dies gilt auch für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie sie durch die Vereinfachung der Drittmittelrichtlinien bereits in Gang gesetzt worden ist.

### ● Den Technologietransfer stärken

**Die Anpassung unserer Wirtschaft an die Märkte von morgen verlangt, Forschungspolitik und Technologietransfer als Einheit zu begreifen.**

Die CDU hat dies frühzeitig erkannt und 1977 mit dem ersten Innovationsförderungsprogramm eines deutschen Bundeslandes ein geschlossenes System der Technologieberatung und -vermittlung aufgebaut. Weit über 100 Mio. DM wurden seitdem bereitgestellt, um bei Wirtschaftsorganisationen, Universitäten und Fachhochschulen ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen einzurichten. Vor allem kleine und mittlere Betriebe erhalten Hilfen bei der Errichtung neuer Produkte und Verfahren. Mit der Einsetzung eines Regierungsbeauftragten für den Technologietransfer wurde die Beratungstätigkeit um eine wichtige Komponente erweitert.

Wir werden der noch engeren und schnelleren Verknüpfung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wirtschaftlicher Ergebnisse auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk widmen. Deshalb befürworten wir den Aufbau fachlicher Beratungsschwerpunkte an unseren Universitäten. Die Institute der industriellen Gemeinschaftsforschung müssen ebenso gestärkt werden wie anwendungsorientierte Forschungsvorhaben in wirtschaftlich wichtigen Zukunftsbereichen. **Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für ein Förderkonzept zur Gründung technologieorientierter Unternehmen aus. In dieses Konzept sollen auch Modellvorhaben von Technologiefabriken und Industrieparks, in denen technologiebegabte Jungunternehmer günstige Startchancen erhalten, aufgenommen werden.**

### ● Großer Bedarf an wissenschaftlichem Nachwuchs

Wissenschaft und Wirtschaft haben gleichermaßen einen großen Bedarf an qualifiziertem, den Erfordernissen der Praxis gewachsenem Nachwuchs. Die Fähigkeit, in Zusammenhängen denken und sich in neue Sachgebiete rasch einarbeiten zu können, wird zunehmend wichtiger. Wir haben durch den Aufbau neuer, fachübergreifender Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen diesem Bedürfnis Rechnung getragen.

In die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung wird die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiet der Mikroelektronik, der Information und des Computereinsatzes stark einbezogen. Um dem Bedarf der Wirtschaft an Exportfachleuten Rechnung zu tragen, werden vertiefte Ausbildungsmöglichkeiten im sprachlichen, landeskundlichen und exportwirtschaftlichen Bereich angeboten. **Insbesondere die Fachhochschulen sind berufen, durch praxisbezogene Studienangebote eine enge wirtschaftliche und technologische Verzahnung mit den mittelständischen Betrieben unseres Landes herzustellen.** Die CDU wird diese Bestrebungen weiterhin nachhaltig fördern. Sie unterstützt die Absicht des Landes, an die Stelle der auslaufenden Graduiertenförderung des Bundes ein eigenes Landesprogramm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vorzulegen.

### ● Offene Auseinandersetzung mit neuer Kommunikationstechnik

Besonders stürmisch ist die Entwicklung neuer, leistungsfähiger Techniken im Bereich des Informationswesens - der elektronischen Datenverarbeitung wie der Telekommunikation - verlaufen. Die CDU Baden-Württemberg hat sich der darin liegenden gesellschaftspolitischen Herausforderung frühzeitig gestellt.

Mit der Verabschiedung „Medienpolitischer Leitsätze“ im März 1981 haben wir den ordnungspolitischen Rahmen abgesteckt, um durch rechtzeitige Entscheidungen und gestaltende Maßnahmen die Voraussetzungen für eine positive Nutzung der neuen Techniken schaffen zu können.

**Die neuen Kommunikationstechniken müssen den Menschen dienstbar gemacht werden. Dies bedingt eine sachliche und offene Auseinandersetzung mit ihren Möglichkeiten, aber auch mit ihren Gefahren.** Die Politik muß dafür sorgen, daß mißbräuchliche Anwendungen verhindert, die Bürger vor Manipulationen geschützt und Jugend und Familie vor negativen Beeinflussungen bewahrt werden. Auf der anderen Seite ist es ein unantastbares Grundrecht unserer Verfassung, Meinungen frei zu äußern und Informationen frei zu empfangen. Erziehung und Bildung können den Menschen dabei helfen, mit den Chancen neuer Informationssysteme selbstverantwortlich und kritisch umzugehen.

Auf dieser Grundlage, die von ideologischer Verweigerungsstrategie und blinder Technikgläubigkeit gleich weit entfernt ist, hat die CDU-geführte Landesregierung den Entwurf eines Landesmediengesetzes vorgelegt. Wir sehen in diesem Gesetzentwurf die beste Gewähr, die Chancen eines zusätzlichen Medienangebots - beispielsweise durch Kabelfernsehen, Satellitenfernsehen, Bildplatte - zu nutzen und die erkennbaren Risiken wirksam auszuschließen.

Wir befürworten die neuen Möglichkeiten, das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufzulockern, den Wettbewerb im Bereich der elektronischen Medien zu stärken und dadurch für mehr Pluralität des Angebots zu sorgen. Wir sehen aber auch die Notwendigkeit, die Vielfalt der überwiegend mittelständisch geprägten Presselandschaft in Baden-Württemberg vor einer übermächtigen Konkurrenz der Medien, insbesondere im lokalen Bereich, zu schützen.

### ● Unser Land braucht ein modernes Informationssystem

Mit der klaren ordnungspolitischen Rahmengesetzgebung im Bereich der sogenannten Massenkommunikation wollen wir vor allem erreichen, daß der Ausbau der Individualkommunikation in Baden-Württemberg zügig und ohne sachfremde Beeinflussung erfolgen kann.

**Schon heute hängt jeder siebente Arbeitsplatz in unserem Land von der elektronischen Industrie und Wirtschaft ab. Um so wichtiger ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen durch ein modernes, zukunftssicherndes Informationswesen zu unterstützen.**

Wir legen aber ebenso großen Wert darauf, die erheblichen Auswirkungen der neuen Technologien auf das soziale Zusammenleben und auf die sich wandelnden bildungspolitischen Anforderungen frühzeitig zu erkennen und aufzugreifen. Die von der Landesregierung veranstalteten Zukunftskongresse haben gezeigt, daß Wissenschaft und Wirtschaft uns auf diesem Wege voll unterstützen und die Schrittmacherrolle der CDU bei der Gestaltung einer zukunftsorientierten Struktur unseres Landes anerkennen.

## Wir machen Umweltpolitik aus einem Guß

Die Fähigkeit unserer Gesellschaft, Gegensätze durch zusammenführende Konzepte zu überwinden, muß sich besonders im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie bewähren. Die CDU löst diese Spannung, indem sie Umweltpolitik aus einem Guß macht. Darunter verstehen wir, daß Wirtschaft und Umweltschutz nicht gegeneinander ausgespielt, sondern miteinander zu einem befriedigenden Ganzen verbunden werden.

Wir wissen: Die Produktion wirtschaftlicher Güter ist sinnlos, wenn dadurch unersetzbare natürliche Umweltgüter zerstört werden. Wir wissen aber auch: Wirksamer Umweltschutz kann nur von einer gesunden Volkswirtschaft finanziert und durch modernste Technologien realisiert werden. Umweltschutz mit Herz und Verstand muß daher den wirtschaftlich-technischen Fortschritt, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gleichermaßen umfassen.

### ● Viel Geld für Umweltvorsorge

Dieses Konzept ist mit einer nur reagierenden Umweltpolitik nicht zu verwirklichen. Die CDU hat deshalb längst die Weichen in Richtung einer vorsorgenden, konkrete umweltpolitische Zielvorgaben setzenden Politik gestellt.

Die Umweltverträglichkeit öffentlicher oder privater Projekte und Vorhaben wird - vom Straßenbau bis zu gewerblichen Anlagen, von der Landschaftsplanung bis zu Heizkraftwerken - einer ständigen Kontrolle unterzogen. Wichtige Hilfsmittel sind dabei periodische Zustandsbeschreibungen der Umweltqualität, mittelfristige Maßnahmeprogramme und abschließende Vollzugsberichte.

Demgemäß hat die CDU-Landesregierung nunmehr bereits das **Dritte Mittelfristige Umweltschutzprogramm** verabschiedet, das unsere Umweltschutzziele bis Ende 1987 aufzeigt. **Es weist allein für die Jahre 1983 und 1984 Aufwendungen des Landes für den Umweltschutz in Höhe von über 800 Mio DM aus.** Mittlerweile liegt auch der zweite Umweltqualitätsbericht vor, der 1979 in Baden-Württemberg als erstem Bundesland überhaupt eingeführt wurde. In jedem einzelnen umweltrelevanten Bereich wird darin eine Erfolgskontrolle unserer umweltpolitischen Maßnahmen vorgenommen und die Frage erforderlicher neuer Aktivitäten geprüft.

### ● Die Luft muß wieder sauber werden

Die CDU sieht es als das derzeit dringlichste umweltpolitische Problem an, die Luft wieder sauber zu machen. **Wir haben deshalb eine ökologische Offensive zur Luftreinhaltung begonnen und dabei bundesweit Schrittmacherdienste geleistet.** Auf Initiative der baden-württembergischen Landesregierung

- wurde die **Großfeuerungsanlagen-Verordnung** verschärft,
- konnten erhöhte Anforderungen an immissionsschutzrechtliche Genehmigung bei der „**Technischen Anleitung Luft**“ durchgesetzt werden,
- liegen dem Bundesrat Vorschläge zur **Senkung des Schwefelgehalts** im leichten Heizöl und Dieselkraftstoff und zur schrittweisen Verdrängung des schweren Heizöls vor,
- **sollen Großfeuerungs-Altanlagen schneller stillgelegt** und auch kleine Anlagen von 100 bis 300 MW Leistung der Entschwefelung nach dem aktuellen Stand der Luftreinhaltetechnik unterworfen werden.

**Damit hat Baden-Württemberg ein in sich geschlossenes Konzept für eine bundesweite drastische Reduzierung des hauptsächlich Luftverschmutzers, des Schwefeldioxids, vorgelegt.**

Wir haben außerdem gezeigt, daß wir von anderen nur fordern, was wir selbst auch zu leisten bereit sind. Deshalb werden alle landeseigenen Heizwerke, im Rahmen eines mit mehr als 40 Mio. DM ausgestatteten Sonderprogramms, auf umweltfreundliche Energieträger umgestellt oder mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgestattet. Wir bereiten außerdem Pilotanlagen zur Rauchgasentstickung vor, die auf der Basis der modernsten, weltweit verfügbaren Technik arbeiten.

### ● Konzept für bleifreies Benzin

Baden-Württemberg ist, neben Bayern, vom Waldsterben am stärksten betroffen. Es ist aber auch das Land, das seiner Automobilindustrie viel Wohlstand, Arbeitsplatzsicherheit und weltweites Ansehen verdankt.

Die CDU hat deshalb eine besondere Aufgabe darin gesehen, für eine rasche Entgiftung der Autoabgase zu sorgen, ohne die Industrie dadurch unzumutbar zu belasten. Wir haben uns dieser Herausforderung gestellt, indem wir ein Ein-

führungskonzept für bleifreies Benzin und die Festlegung verschärfter Abgasgrenzwerte erarbeitet haben. Wir fordern die Automobilindustrie auf, schon ab 1984 im Rahmen des vorhandenen Produktionsangebots umweltfreundliche Fahrzeuge im Inland auf den Markt zu bringen. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die im Bereich der Verkehrslenkung, der modellhaften Erprobung bleifreien Superbenzins und der Verbesserung von Abgaskontrollen mit dazu beitragen, das umweltfreundliche Automobil so schnell wie möglich Wirklichkeit werden zu lassen.

### ● Wir schreiben Umweltforschung groß

Zu einer Umweltpolitik aus einem Guß gehört, durch Umweltforschung das Wissen über die Ursachen ökologischer Belastungen ständig zu verbessern.

Mit dem „**Zweiten Untersuchungs- und Forschungsprogramm Umweltschutz**“ für die Jahre 1982 bis 1986 und dem „**Mittelfristigen Forschungsplan Ökologie**“ sind wichtige konzeptionelle und haushaltspolitische Weichenstellungen bereits erfolgt. Kein anderes Bundesland gibt, pro Kopf der Bevölkerung, mehr für die Umweltforschung aus als Baden-Württemberg. Die CDU wird dafür sorgen, daß dieser Spitzenplatz nicht nur gehalten, sondern noch ausgebaut wird.

Mit einer besseren Koordination der bestehenden vielfältigen Forschungsarbeiten wollen wir sicherstellen, daß der **Kampf für die Luftreinhaltung** so zügig und wirksam wie möglich geführt wird. Wir unterstützen deshalb mit Nachdruck die Aktivitäten des Europäischen Forschungszentrums für Maßnahmen der Luftreinhaltung beim Kernforschungszentrum Karlsruhe, das am 01. September 1983 seine Arbeit aufgenommen hat. **Wir erwarten, daß dieses Zentrum nicht nur die einschlägigen Forschungsvorhaben in Baden-Württemberg zusammenfaßt, sondern daß es auch in der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Forschungseinrichtungen zu einer Verstärkung der internationalen Bemühungen um Luftreinhaltung beiträgt.** Das beschlossene Zusammenwirken des Karlsruher Instituts mit der Forschungsstelle der EG-Kommission in Ispra (Italien) kann hier beispielgebend wirken.

### ● Umweltschutz ist Teil der Marktwirtschaft

**Vorsorgende Umweltpolitik bedeutet auch, den Umweltschutz so weit wie möglich zu einem Teil der Marktwirtschaft zu machen. Je mehr sich die Einsicht durchsetzt, daß Umweltqualität ihren Preis hat, um so stärker**

**ker wird die Umweltfreundlichkeit von Produktion und Verfahren gefragt sein.**

In der Übergangszeit muß jedoch darauf geachtet werden, daß insbesondere kleine und mittlere Unternehmen durch die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen nicht überfordert werden.

Die CDU befürwortet deshalb die Fortsetzung des 1978 aufgelegten, befristeten Sonderprogramms zur beschleunigten Durchführung und Erleichterung bei der Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen der gewerblichen Wirtschaft. Sie spricht sich auch dafür aus, neue marktwirtschaftliche Instrumente des Umweltschutzes, beispielsweise Emissionszertifikate, modellhaft zu erproben. In Frage kommen dabei vor allem Unternehmen mit Landesbeteiligungen, die nicht dem direkten marktwirtschaftlichen Wettbewerb ausgesetzt sind.

### ● Die Umweltprobleme von Gestern sind gemeistert

**Wir sind davon überzeugt, daß uns durch eine Anspannung aller Kräfte die Reinhaltung der Luft und die Rettung unserer Wälder ebenso gelingen kann, wie wir in der Vergangenheit die großen Herausforderungen der Gewässergüteverbesserung, der Abfallbeseitigung und des Naturschutzes durch Landschaftspflege gemeistert haben.**

In unseren Flüssen und Seen, die in den 60er Jahren vielfach am Umkippen waren, gibt es wieder reiches organisches Leben. Dies verdanken wir einem aktiven Gewässerschutz, der allein in den letzten 3 Jahren Bauinvestitionen von rd. 2 Mrd. DM erfordert hat. Mittlerweile ist nahezu jeder Bürger unseres Landes Mitbenutzer einer öffentlichen Abwasseranlage.

Auch für die Beseitigung von Hausmüll, Industrie- und Gewerbeabfällen haben wir ein Gesamtkonzept. Bis 1990 sollen in Baden-Württemberg achtzig zentrale Beseitigungsanlagen zur Deponierung, Kompostierung und Verbrennung des Abfalls geschaffen werden. Durch die Unterstützung neuer Verfahren wollen wir der Wirtschaft Impulse geben, auf dem Weg des Abfall-Recycling innerbetrieblich und durch die Schaffung von Märkten für Rohstoffe aus Abfall voranzugehen.

Wir setzen uns schließlich für eine aktive Fortführung der eingeleiteten Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen ein. Landwirtschaft, Gemeinden und Kreise sind aufgerufen, bei der Ausweisung von Schutzgebieten zur Sicherung und Pflege wertvoller Biotope eng zusammenzuarbeiten.

## ● Wir geben dem Umweltschutz eine politische Heimat

Die CDU begreift das starke Interesse unserer Bürger an der Erhaltung einer lebens- und liebenswerten Umwelt als Ausdruck des Verlangens nach Geborgenheit und Identifikation mit der Heimat. Dies zeugt von einer wertbewahrenden, konservativen Grundeinstellung, deren politische Heimat die Union ist. Vor allem die ökologisch engagierte Jugend fordern wir deshalb auf, ihren Idealismus nicht an jene zu verschwenden, die im Umweltschutz nur Worte oder sinnlose Symbolik zu bieten haben. **Die Luft wird nicht durch Demonstrieren sauberer, der Wald nicht mit Transparenten gerettet. Nur eine ganzheitliche ökologische Politik, wie sie die CDU konsequent verfolgt und zu der alle mit Verstand, Herz und Hand beitragen, sichert die Zukunft in einer gesunden Umwelt.**

## Auch ohne Schulden funktioniert der Staat

**Im letzten Jahrzehnt haben die von SPD und FDP geführten Bundesregierungen eine Ausgaben- und Schuldenpolitik ohne Beispiel betrieben. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Realitäten wurden Bedürfnisse geweckt, Wünsche erfüllt und neue Ansprüche provoziert.** Länder und Gemeinden konnten sich diesem Sog nach dem Motto „Jetzt genießen - später andere dafür zahlen lassen“ kaum entziehen, zumal viele vom Bund beschlossene Gesetze in erster Linie auf der Ebene der Länder und der Kommunen ausgabenwirksam waren. So konnte allmählich der Eindruck entstehen, als funktioniere der Staat um so besser, je mehr Schulden er mache.

Heute erkennen alle, **welche Generationen-Bürde uns 13 Jahre finanzpolitische Unseriosität von SPD und FDP auferlegt haben.** Der Bund ist mit fast 350 Mrd. DM verschuldet. Trotz großer Sparbemühungen der neuen Bundesregierung werden die Gesamtverschuldung und die Zinsausgaben des Bundes zunächst weiter steigen. Denn eine zu hohe Verschuldung entwickelt eine Eigendynamik, in deren Würgegriff der politische Handlungsspielraum für Zukunftsinvestitionen immer stärker eingeengt wird.

## ● Wir haben früh mit Sparen begonnen

Die CDU in Baden-Württemberg, Landesregierung und CDU-Landtagsfraktion, hat diese Gefahr frühzeitig erkannt. **Wir wollen unseren Kindern nicht immense Schulden, sondern solide Chancen hinterlassen.** Und wir wollen den Beweis führen: Auch ohne Schulden funktioniert der Staat. Deshalb wurde schon im Herbst 1980 ein schrittweiser Abbau der Neuverschuldung beschlossen. Obwohl seitdem konjunkturbedingte Steuerausfälle in Milliardenhöhe zu verkraften waren, ist die Planung eines Abbaus der Kreditaufnahmen von 2,8 Mrd. DM (1980) auf 1,3 Mrd. DM (1984) exakt eingehalten worden. Die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung des Landes weist nunmehr für 1987 eine Haushaltsreserve von 500 Mio DM aus.

Baden-Württemberg könnte damit in 2 Jahren als erstes Land ohne neue Schulden auskommen und in den Jahren danach wachsende freie Mittel für eine spürbare Ausweitung der Investitionen oder für einen beschleunigten Abbau der Altschulden zur Verfügung haben. Schon heute weist unser Land



im Verhältnis zum Haushaltsvolumen die geringste Kreditaufnahme unter den Ländern aus. Der Anteil des Schuldendienstes ist weitaus günstiger als die Durchschnittsquote der anderen Bundesländer, und wir haben mehr Spielraum für Investitionen als die meisten Flächenstaaten.

### ● Der Länderfinanzausgleich muß neu geordnet werden

Die Finanzkraft Baden-Württembergs und das in den letzten Jahren immer größer gewordene Leistungsgefälle zwischen uns und den anderen Ländern haben freilich auch eine Kehrseite: **Wir bestreiten fast Dreiviertel des gesamten Ausgleichsvolumens im Länderfinanzausgleich.** 1,8 Mrd. DM flossen allein 1982 an andere, finanzschwächere Bundesländer. Stünden uns diese in Baden-Württemberg erwirtschafteten Mittel zur Verfügung, könnten wir schon 1984 ohne jede Neuverschuldung auskommen und hätten darüber hinaus noch rund eine halbe Milliarde Mark für zusätzliche Investitionen frei.

Wir haben in zähen Verhandlungen erreicht, daß unser Land ab 1983 jährlich rd. 300 Mio. DM weniger in den Ausgleichstopf zahlen muß. Solange allerdings die geltende Ausgleichssystematik nicht grundsätzlich neu geordnet wird, bleibt Baden-Württemberg das mit Abstand größte Geberland.

**Wir unterstützen daher vorbehaltlos die Klage der Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht mit dem Ziel einer umfassenden verfassungsrechtlichen Überprüfung des Länderfinanzausgleichs.**

### ● Die staatlichen Personalkosten werden weiter gesenkt

**Die CDU Baden-Württemberg wird den eingeleiteten Sparkurs konsequent fortsetzen. Dies gilt auch für die Senkung der staatlichen Personalkosten, ohne die eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung nicht zu erreichen ist.** Wir haben den Personalkostenanteil am Landeshaushalt binnen zweier Jahre von 42 % auf 39 % gesenkt. Wir wollen diese Quote weiter auf 35 % reduzieren. Dies ist nicht nur ein fiskalisches Erfordernis. Es entspricht vielmehr auch unserer Grundüberzeugung, daß ein aufgeblähter Staat nicht mehr Freiheit, sondern mehr Bevormundung und nicht mehr Gerechtigkeit, sondern mehr Reglementierung mit sich bringt. Was der einzelne aus eigener Kraft zu leisten im Stande ist, darf der Staat nicht an sich ziehen. Die konsequente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ist die beste Vorsorge gegen die Automatik des Parkinsonschen Gesetzes.

### ● Mehr Spielräume für öffentliche Investitionen schaffen

Auch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt ändert an der Notwendigkeit eines sachgerechten Stellenabbaus im öffentlichen Dienst nichts. Der Staat ist kein Ersatz-Arbeitgeber, der für seinen Bereich Bedarfs- und Finanzierungsüberlegungen außer Acht lassen kann.

Die zunehmend kreditfinanzierte Personalstellenausweitung der öffentlichen Hand in den 70er Jahren hat nicht nur wesentlich zu den gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten beigetragen. Sie hat auch notwendige wirtschaftliche und bildungspolitische Strukturanpassungen behindert statt gefördert. Es fand eine Verschiebung der staatlichen Ausgaben von der investiven zur konsumtiven Seite statt, so daß für arbeitsplatzschaffende und -sichernde Maßnahmen im gewerblichen Bereich immer weniger Mittel vorhanden waren.

Aus dieser Erkenntnis ziehen wir den Schluß: **Nur eine konsequente Sparpolitik bei den Verbrauchsausgaben des Staates eröffnet die Chance, in ausreichendem Umfang zukunftssichernde Investitionen vorzunehmen - zur Unterstützung von Existenzgründungen, zur Förderung des Exports, zur Verstärkung der Forschung, zur Verbesserung des Technologietransfers und zum Ausbau des Umweltschutzes.** Derartige Investitionen lösen mehr Impulse für den Arbeitsmarkt aus als jede expansive Personalpolitik und jedes kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramm des Staates.

Zur Rückführung des Staates auf seine eigentlichen Aufgaben gehört auch, die unternehmerische Tätigkeit der öffentlichen Hand auf das unumgänglich notwendige Maß zu reduzieren. Die CDU unterstützt die eingeleitete Veräußerung staatlicher Liegenschaften und die Maßnahmen der Wohnungsprivatisierung. Sie setzt sich dafür ein, weiteres Landesvermögen zu aktivieren, wenn damit nennenswerte Entlastungswirkungen für den Landeshaushalt erzielt oder neue investive Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden können.

## Neue Wege zur sozialen Gesellschaft

**Die Union hat, gegen den erbitterten Widerstand der SPD, die soziale Marktwirtschaft als die notwendige Entsprechung der demokratischen, sozialen und freiheitlichen Ordnung unseres Staates konzipiert und durchgesetzt.** Wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit verbanden sich in einzigartiger Weise zu einer sozial befriedeten Gesellschaft.

13 Jahre Regierungszeit der SPD/FDP-Koalition in Bonn haben ausgereicht, die materiellen und ideellen Grundlagen des Sozialstaates ins Wanken zu bringen. Der untrennbare Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Leistungskraft eines Gemeinwesens wurde verleugnet. Nicht nur der Blick für das wirtschaftlich Mögliche, sondern auch für das sozial Notwendige ging mehr und mehr verloren.

Die Folge: Ein immer höherer Anteil der staatlichen Sozialleistungen am Brutto- sozialprodukt, eine ständig wachsende Verschuldung der öffentlichen Hand und ein enormer Anstieg der individuellen Belastungen durch Steuern und Ausgaben. Unsicherheit und Sorge über die Zukunft unseres Systems der sozialen Sicherheit sind weit verbreitet.

### ● Sozialpolitisches Umdenken ist nötig

Die CDU tritt mit aller Kraft dafür ein, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen. Wir müssen Abschied nehmen von der Zielvorstellung eines vermeintlich perfekten, in Wirklichkeit aber unfinanzierbaren und letztlich inhumanen Sozialstaates. **Wir müssen zurückfinden zu einer sozialen Gesellschaft, für die Solidarität eine ethische Grundnorm im Umgang der Menschen untereinander ist.**

**Um dies zu erreichen, bedarf es einer grundlegenden Neuorientierung im sozialpolitischen Denken und Handeln.** Die Sozialpolitik muß sich wieder an den wirtschafts- und finanzpolitischen Gegebenheiten ausrichten. Anders kann der Bestand unserer sozialen Systeme auf Dauer nicht gesichert werden. Die Kräfte der Hilfsbereitschaft und Eigenverantwortlichkeit müssen gestärkt, Sozialleistungen wirkungsvoll und zielgenau auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Nur so läßt sich ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit schaffen. Der freiwillige, persönliche Einsatz des sozial verantwortlichen Bür-

gers ist unverzichtbar. Deshalb sehen wir in einem partnerschaftlichen Zusammenwirken von ehrenamtlichem Engagement und professioneller Hilfe ein Kennzeichen zukunftsorientierter humaner Sozialpolitik.

Um dieses Konzept einer modernen, humanen und dauerhaft finanzierbaren Sozialpolitik zu verwirklichen, müssen wir

- die finanzielle Grundlage der Familie, insbesondere der Mehrkinderfamilie, so verbessern, daß sie soziale Risiken in größerem Umfang wieder selbst auffangen und die **Generationensolidarität** verstärkt wahrnehmen kann,
- den **freien Trägern**, wo immer dies möglich ist, die Trägerschaft für soziale Einrichtungen überlassen,
- das **Netz der offenen Hilfen** als echte Alternative zur stationären oder teilstationären Betreuung weiter ausbauen,
- die **Bereitschaft für ehrenamtliche Dienstleistungen**, zusammen mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunen, nachhaltig fördern.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß unser Land auf diesem Weg schon weit vorangekommen ist. **Baden-Württemberg nimmt heute bei den Leistungen im familienpolitischen Bereich, bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen, Sozialstationen und Beratungsstellen eine Spitzenposition unter den Bundesländern ein.**

### ● CDU ist Sachwalterin der Familien

**Die CDU hat sich stets als politische Sachwalterin der Familien verstanden und diesen Anspruch nicht nur durch Worte, sondern vor allem durch Taten dokumentiert.** Mit unserem Landes-Familiengeld ermöglichen wir es Eltern, sich ohne wirtschaftlichen Zwang zu einer Erwerbstätigkeit der Erziehung ihres Kindes während der ersten beiden Lebensjahre zu widmen.

Wir werden die Kürzung des vom Bund gewährten, gesetzlichen **Mutterschaftsgeldes** bei seither erwerbstätigen Elternteilen durch eine entsprechende Erhöhung des Landes-Familiengeldes ausgleichen. Mit unserem **Programm „Mutter und Kind“** bieten wir gezielte finanzielle und pädagogische Hilfe für werdenden Mütter in Not- und Konfliktsituationen. Wo andere Hilfsmöglichkeiten versagen, greift die 1980 gegründete **Stiftung „Familie in Not“** unterstützend ein. Insgesamt hat das Land seit 1980 aus diesen Lei-

stungsangeboten mehr als eine halbe Milliarde Mark an 225.000 baden-württembergische Familien ausbezahlt.

### ● Mehr Freiräume für soziales Engagement

**Der vor 10 Jahren begonnene Ausbau der Sozialstationen ist fast abgeschlossen. Heute leben bereits 94 % unserer Bürger im Einzugsbereich von 355 Sozialstationen.** Zur Förderung der offenen Hilfen stellt das Land allein im Rahmen des laufenden Haushalts 1983/84 den Kommunen und freien Trägern jeweils 110 Mio. DM zur Verfügung. Durch neue, vereinfachte Richtlinien wurde sichergestellt, daß die Arbeit der freien und kommunalen Träger auch bei der Zuwendung von Landeszuschüssen in voller Wahrung ihrer Eigenständigkeit durchgeführt werden kann.

**Staatliche Förderung darf individuelles Engagement nicht einengen - das gilt vor allem auch für ehrenamtliche Betätigung in den vielfältigen sozialen Diensten.** Wir haben damit begonnen, alle einschlägigen Regelungen daraufhin zu überprüfen, wie die Freiräume für bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit noch stärker ausgeweitet werden können. Die zu erwartenden Tendenzen einer flexiblen Arbeitsgestaltung werden auch die Frage einer sozial sinnvollen Nutzung der Freizeit stärker in den Mittelpunkt der zukünftigen Gesellschaftspolitik rücken. Die CDU unterstützt diese Entwicklung als einen Weg zu mehr Solidarität in einer menschlicheren Gesellschaft.

### ● Für einen besseren Familienlastenausgleich

Die Neuorientierung und finanzielle Konsolidierung des Sozialstaates ist, seit der Ablösung der alten Koalition durch eine CDU-geführte Bundesregierung, nunmehr auch bundesweit eingeleitet.

Wesentliche Aufgaben stehen aber noch bevor: **Die Schaffung eines wirk-samen Familienlastenausgleichs, die dauerhafte Sicherung der Renten, die Reform der Alterssicherung der Frauen, die Bekämpfung von Fehl-entwicklungen im sozialen Bereich sind Herausforderungen, die ange-packt werden müssen.** Die CDU Baden-Württemberg ist der Überzeugung, daß befriedigende Lösungen nur durch eine grundsätzliche Umschichtung zwischen Steuer- und Sozialsystem erreicht werden können.

Dabei darf die Einführung von Einkommensgrenzen für alle sozialen Transferleistungen nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Zur Finanzierung des dringend notwendigen verbesserten Familienlastenausgleichs kann

neben einer Rückgabe „heimlicher Steuererhöhungen“ auch eine maßvolle Anhebung der Mehrwertsteuer in Erwägung gezogen werden, falls auf andere Weise eine wirksame Entlastung der Familien nicht zu erreichen ist. Mit einer derartigen Maßnahme ließen sich im übrigen auch weitere, grundlegende familienpolitische Fortschritte - wie der Einstieg in ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld oder die Berücksichtigung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung - finanzieren.

Wir gehen vom Bild einer partnerschaftlichen Familie aus, die der Frau eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Hausfrauentätigkeit bietet. Solange die Entscheidung von Frauen, sich unter Aufgabe des Berufs ausschließlich der Kindererziehung zu widmen, für viele Familien erhebliche finanzielle Opfer bedeutet, kann von einer wirklichen Wahlfreiheit nicht gesprochen werden. **SPD und FDP haben, aus ideologischer Blindheit oder Gleichgültigkeit, Millionen Frauen und Familien schwer benachteiligt. Wir werden dies Schritt für Schritt abbauen, durch einen besseren Familienlastenausgleich, aber auch durch Initiativen zur familien- und frauenfreundlichen Gestaltung des Arbeitslebens.** Hierzu hat die Landesregierung eine Reihe wegweisender Modellversuche entwickelt.

### ● Den wirklich Behinderten noch wirksamer helfen

Wir unterstützen die Bundesregierung auch in ihrer Absicht, die schon seit langer Zeit überfällige **Neuordnung des Schwerbehindertenrechts** vorzunehmen. Gerade in diesem Bereich sind Fehlentwicklungen zu verzeichnen. Sie gehen zu Lasten der wirklich Behinderten, deren optimale Förderung und Eingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft wir mit aller Kraft fortsetzen wollen. Deshalb werden wir, auf der Grundlage des Rehabilitationsprogramms der Landesregierung, das Netz von Rehabilitationseinrichtungen weiter ausbauen, die offene Behindertenhilfe verstärken und die Vorsorgemaßnahmen zur Verhütung und frühzeitigen Erkennung von Behinderungen intensivieren.

## Grundsätze einer humanen Gesundheitspolitik

Die CDU dieses Landes hat der Gesundheitspolitik stets einen hohen Stellenwert eingeräumt. **Ausgehend von dem Leitbild eines freiheitlichen, menschenwürdigen und effizienten Gesundheitswesens ist es das erklärte Ziel ihrer Politik, die Gesundheit des Bürgers als eines der höchsten Lebensgüter in bestmöglicher Weise zu schützen, zu fördern und im Krankheitsfall wieder herzustellen.**

Die Chance unseres Gesundheitswesens liegt nicht in einem Mehr an staatlichem Dirigismus, sondern im Glauben an die Leistungskraft freiheitlicher Entwicklungen. Um das anerkannt hohe Niveau unseres Gesundheitswesens auch in Zukunft zu erhalten, müssen vor allem drei Grundforderungen verwirklicht werden:

- Die **menschliche Zuwendung** muß wieder mehr Gewicht erhalten,
- die **Eigenverantwortung des Einzelnen** und die **Selbstverwaltung der Institutionen** müssen gestärkt werden und
- die **Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit** sind zu verbessern.

### ● Gesundheit und Umwelt

Gesundheitspolitik darf heute nicht mehr als isolierte, abgegrenzte Aufgabe gesehen werden. Viele Entscheidungen in anderen Politikbereichen haben nachhaltigen Einfluß auf die Gesundheit des Menschen. Eine fortschrittliche Gesundheitspolitik muß diese Verbindungen im Rahmen eines umfassenden Gesamtkonzepts berücksichtigen. Das gilt in besonderem Maße für die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit. Die konsequenten Bemühungen des Landes um die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sind deshalb zugleich ein wichtiger Baustein vorausschauender Gesundheitspolitik.

## Kunst und Kultur sind Wesenselemente der Freiheit

Zur freien pluralistischen Gesellschaft gehört unverzichtbar die **Freiheit der Kunst**. Der Staat hat diese Freiheit nicht nur zu respektieren; es ist vielmehr sein verfassungsmäßiger Auftrag, der künstlerischen und kulturellen Vielfalt jene Freiräume zu schaffen, die sie braucht, um sich selbst zu verwirklichen. Dazu bedarf es ideeller, rechtlicher und materieller Unterstützung.

Die CDU sieht in der unterstützenden Funktion des demokratischen Staates Erbe und Auftrag der kulturellen Tradition des ganzen deutschen Volkes. Wir sind darüberhinaus der Überzeugung, daß immer mehr Menschen sich zu eigenen kreativ-gestalterischen Tätigkeiten anregen lassen werden. Die Kunstförderung des Staates hat gerade diese Entwicklung sorgfältig zu beachten, indem sie nicht nur Spitzenleistungen unterstützt, sondern eine dezentrale und flächendeckende Breitenförderung betreibt.

### ● Vorbildliche Kunstkonzeption

Die Kunstkonzeption des Landes berücksichtigt diese Erfordernisse in vorbildlicher Weise. Baden-Württemberg hat mit seiner Kunstpolitik einen Spitzenplatz unter den Bundesländern erreicht. **Auch in finanziell schwierigen Zeiten wurde die Kunst- und Kulturförderung nicht dem Rotstift geopfert, sondern noch weiter ausgebaut.**

Davon zeugen große Baumaßnahmen im Theater-, Galerie- und Museumsbereich, neue Aktivitäten wie Landeskunstwochen, Europäische Kulturtage in Karlsruhe, die Internationalen Landesfestspiele Baden-Württemberg, die Internationale Bach-Akademie, neue Institutionen wie die 1981 geschaffene Museumsstiftung Baden-Württemberg und Ausstellungen wie die Barockausstellung in Bruchsal. Allein die Heimat- und Freilichtmuseen unseres Landes erhalten 5 Mio. DM Zuschüsse jährlich.

Wir werden auch weiterhin öffentliche und aus Toto-Lotto-Einnahmen fließende Mittel so ausreichend zur Kunst- und Kulturförderung einsetzen, daß der Spitzenplatz unseres Landes auf diesem Gebiet ungefährdet bleibt.

## ● **Musische Förderung der Jugend**

**Wir wollen insbesondere unsere Jugend frühzeitig mit musischen Werten vertraut machen. Der außerordentliche Erfolg der mit 15 Mio. DM jährlich unterstützten Jugendmusikschulen veranlaßt uns, Jugendkunstschulen modellhaft zu erproben und für Kinder- und Jugendtheater vermehrt Mittel zur Verfügung zu stellen.** Mit dem Landesjugendorchester und dem Landesjugendchor haben wir Ensembles geschaffen, die der musizierenden Jugend starke künstlerische Leistungsanreize geben. Durch die Gründung einer „**Landesakademie für die musizierende Jugend**“ wollen wir die konzentrierte künstlerische Förderung für den musikbegabten Nachwuchs noch erheblich ausweiten.

Diese Förderung findet ihren Abschluß und Gipfelpunkt in den Staatlichen Musikhochschulen, die ein tragendes Element unserer kulturellen Infrastruktur sind. **Von den insgesamt 17 Staatlichen Musikhochschulen in der Bundesrepublik und West-Berlin befinden sich allein 5 in Baden-Württemberg.** Starke künstlerische und kunstpädagogische Impulse gehen gleichermaßen von den Kunsthochschulen unseres Landes aus. Wir wollen die vorhandenen Möglichkeiten auch für die mittelständische Wirtschaft nutzen, indem wir an geeigneten Kunst- und Fachhochschulen neue Design-Ausbildungsplätze schaffen.

## ● **Unterstützung von Vereinen und Verbänden**

Unsere Überzeugung ist: Die moderne Industriegesellschaft verdrängt die kulturell-emotionalen Werte nicht, sondern macht sie notwendiger denn je. Auch das blühende Vereinsleben zeugt davon, daß unsere Bürger dies erkannt haben und dementsprechend handeln. **Die CDU unterstützt dies, weil sie weiß, welche gemeinschaftsfördernde, positive Kraft vom bürgerlichen Engagement in Vereinen und Verbänden ausgeht.**

Wir haben uns deshalb mit Erfolg um eine steuerliche Gleichstellung der Kulturvereine mit den Sportvereinen bemüht, den Rahmen der Gemeinnützigkeit von Vereinen erweitert und für das ehrenamtliche Engagement von Übungsleitern, Ausbildern und Erziehern bessere steuerliche Bedingungen erreicht. Dies alles belegt, daß die kulturelle Vielfalt in unserem Lande bei keiner politischen Kraft besser aufgehoben ist als bei der CDU.

## **Der Rechtsstaat gründet sich auf Sicherheit**

**Recht, Sicherheit und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Nur ein Staat, der in der Lage ist, die Freiheit zu schützen, kann sie auch garantieren.** Deshalb treten wir für eine aktive Sicherheitspolitik ein, die Gewalt und Rechtsbruch mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen bekämpft.

## ● **Der Sicherheitsplan II wird erfüllt**

Nachdem der Sicherheitsplan I erfüllt ist, verwirklicht die Landesregierung Schritt für Schritt die Zielsetzungen des Sicherheitsplans II.

Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Steigerung der Einsatzkraft der Polizei vor Ort. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Schaffung von mehr als 40 neuen Polizeiposten nicht nur die Effizienz erhöht, sondern auch zu einer Verbesserung der Kontakte zwischen Polizei und Bevölkerung beigetragen hat. Mit der 1983 abgeschlossenen Integration von Schutz- und Kriminalpolizei auf der unteren Führungsebene verfügt unser Land nunmehr über eine einheitliche, übersichtliche Polizeiorganisation.

Wir werden durch eine weitere personelle Verstärkung, moderne Ausrüstung und verbesserte Fortbildungsmöglichkeiten dafür sorgen, daß unsere Sicherheitsorgane auch neuen Erscheinungsformen der Kriminalität, beispielsweise Wirtschaftskriminalität, Datenmißbrauch sowie in Form des organisierten Verbrechens, wirkungsvoll begegnen können.

## ● **Rauschgiftkriminalität vorbeugend bekämpfen**

**Ebenso entschlossen treten wir für eine Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ein.** Wir sind uns aber bewußt, daß Strafmaßnahmen allein gegen die Gefahr der Drogenabhängigkeit nicht helfen. Deshalb unterstützen wir mit Nachdruck den Ausbau der Betreuung und Behandlung von Suchtgefährdeten und -kranken, wie er im Landesprogramm gegen den Drogenmißbrauch vorgesehen ist. Psychosoziale Beratungsstellen und Behandlungseinrichtungen werden in Kürze flächendeckend vorhanden sein.

Im Strafvollzug brauchen wir eine bessere Betreuung und Behandlung drogenabhängiger Gefangener. Der Weg einer langfristig angelegten sozialen und beruflichen Wiedereingliederung jugendlicher Strafgefangener, wie er in der Modellanstalt Crailsheim erprobt wird, weist in die richtige Richtung.

### ● Die Meinungsfreiheit muß vor Gewalttätern geschützt werden

Gewalttätige und unfriedlich verlaufende Demonstrationen sind Angriffe auf die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die CDU hat deshalb keinerlei Verständnis für diejenigen, die sich schützend oder verharmlosend vor gewaltgeneigte Demonstranten stellen. Wer seine Überzeugung friedlich kundtun will, muß sich weder bewaffnen noch verummnen.

**Wir fordern, über den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes hinaus, auch die passive Bewaffnung und Vermummung gesetzlich zu verbieten.** Wenn sich die FDP, ebenso wie die SPD, dem widersetzt, handelt sie opportunistisch und verrät ihre eigenen Grundsätze.

Die Bürger erkennen nach unserer Überzeugung, daß die CDU die einzige Partei ist, die in der Sicherung von Recht und Freiheit keinen Unterschied zwischen politisch motivierten Gewalttätern und „gewöhnlichen“ Kriminellen macht.

Wir sind uns auch bei der 1982 in Baden-Württemberg eingeführten Kostenerstattung für den Polizeieinsatz im Zusammenhang mit unfriedlichen Demonstrationen der Unterstützung durch die Bevölkerung gewiß.

Niemandem werden Polizeikosten auferlegt, die durch Maßnahmen der Polizei zur ordnungsgemäßen Durchführung einer Demonstration entstehen. Aber es ist nicht einzusehen, daß der Steuerzahler für Kosten aufkommt, die Demonstranten durch die Nichtbefolgung einer rechtmäßigen polizeilichen Anordnung verursachen. Gerade durch diese konsequente Erfüllung des Gleichheitsgrundsatzes schaffen wir Rechtssicherheit und Vertrauen in die Ordnungsfunktion des Staates. Unsere Bürger können sich auch in Zukunft darauf verlassen: Die CDU ist die Partei, welche die Freiheit des Einzelnen durch rechtsstaatliches Handeln sichert.

## Wir brauchen starke und lebendige Gemeinden

**Lebendige, selbstverantwortliche Gemeinden sind die Keimzelle unseres demokratischen Staates.** Weil wir uns dessen stets bewußt sind, bleibt die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung für die CDU eine Daueraufgabe. Wir setzen auf die Kraft und den Willen der Bürger, ihre örtlichen Belange in erster Linie selbst zu regeln.

### ● Erfolgreiche Arbeit der Kommission Land-Kommunen

In der Kommission Land-Kommunen wurde die Aufgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden neu geordnet. Das Land hat in großem Umfang auf Weisungsgaben und Mitwirkungsrechte verzichtet. Zahlreiche Verwaltungsvorschriften wurden aufgehoben, alle kommunal bedeutsamen Förderrichtlinien überprüft und der Spielraum der Gemeinden dadurch erweitert.

Die CDU sieht die Umsetzung der Empfehlungen dieser Kommission jedoch nicht als Schlußpunkt, sondern als Etappe auf dem weiteren Weg zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Wir werden auch gegenüber dem Bund darauf dringen, sich bei staatlichen Vorgaben für das kommunale Handeln so weit als möglich zurückzuhalten.

### ● Faire Finanzpartnerschaft mit dem Kommunen

Eine solide Finanzausstattung ist die unerläßliche Voraussetzung sachgerechter Aufgabenerfüllung. Die CDU hat dieser Erkenntnis stets Rechnung getragen.

So steigen die Bruttoleistungen des Landes an die Gemeinden 1984 um 8 %, während der Landeshaushalt lediglich um 2,1 % wächst. Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich nicht erhöht und steuerliche Mehreinnahmen, etwa bei der Grunderwerbsteuer, in voller Höhe weitergegeben. Die Gemeinden unseres Landes haben inzwischen nicht nur die höchste Steuerkraft im Vergleich mit den Gemeinden der übrigen Flächenstaaten, sondern auch eine höhere Steuerkraft als das Land selbst. Für die Finanzstärke der baden-

württembergischen Gemeinden muß das Land im Länderfinanzausgleich jährlich mehr als 200 Mio. DM an andere Länder zum Ausgleich bezahlen.

Angesichts der erheblichen Verschiebungen in der Finanzstruktur zwischen den Gebietskörperschaften, wie sie gerade in den letzten Jahren erfolgt sind, unterstützt die CDU Überlegungen für eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden.

### ● Die Bürger fühlen sich in ihren Gemeinden wohl

**Für uns sind Stadt- und Dorfentwicklung kulturpolitische Aufgaben ersten Ranges. Wir wollen Städte und Gemeinden in ihrer unverwechselbaren Eigenart erhalten, damit die Bürger sich in ihnen wohlfühlen.** Daß wir mit dieser Zielsetzung dem Anliegen unserer Bevölkerung genau entsprechen, zeigen unzählige Beispiele geglückter Sanierungsmaßnahmen und ein reiches kulturelles Gemeinschaftsleben in unseren Gemeinden.

Den entscheidenden Anstoß für diese **Wiederentdeckung der Lebensqualität von Städten und Dörfern** haben ohne Zweifel das bundesweit als vorbildlich geltende Mittelfristige Stadt- und Dorfentwicklungsprogramm des Landes und die erheblichen Denkmalschutzaufwendungen gebracht. Landeszuschüsse in Höhe einer Viertelmilliarde Mark allein in den letzten drei Jahren haben dafür gesorgt, daß unersetzliche kulturelle und bauliche Substanz erhalten geblieben ist. Das Schwerpunktprogramm Denkmalpflege wurde 1982 um über 30 Mio. DM aufgestockt - ein Beispiel dafür, daß wir nicht auf Kosten der Kultur sparen. Für Maßnahmen der städtebaulichen Sanierung, Modernisierung und Wohnumfeldverbesserung hat das Land zwischen 1980 und 1984 über 1,7 Milliarden aufgewandt.

Neun von zehn befragten Kommunen erklären, daß ohne diese Förderung die Erneuerungsmaßnahmen nicht hätten durchgeführt werden können.

### ● Maßnahmen zur Entbürokratisierung

Bereits seit Jahren bemüht sich die CDU gezielt um die Verwirklichung der Bürgernähe in der Verwaltung. **Diese Politik der Entbürokratisierung hat zum Ziel, den Freiraum des Bürgers und dessen Selbstverantwortlichkeit zu stärken.** Die Vielfalt von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften hatte in der Vergangenheit zu einer zunehmenden Inflexibilität der Bürokratie beigetragen und das Unbehagen der Bürger an diesem Staat und seinen Institutionen verstärkt. Die vielfältigen Maßnahmen im Bereich der Rechtsbereinigung, der Streichung von Verwaltungsverfahren und -vereinfachungen sind

positive Folgen dieses Bemühens. Durch diese Maßnahmen konnten zum einen die Eigenverantwortung des Einzelnen erhöht, zum anderen eine Stärkung der Mittel- und Unterinstanzen der Verwaltung erreicht werden und damit eine Erweiterung der Entscheidungsfreiräume erfolgen.

Die konsequente Fortsetzung dieser Politik ist für die CDU eine Daueraufgaben.

### ● Erhaltung der Substanz hilft Wirtschaft und Umwelt

Auch die Wirtschaft, insbesondere das Ausbaugewerbe, und damit viele Arbeitnehmer mit gesicherten Arbeitsplätzen haben von der konsequenten kommunalen Förderpolitik der CDU profitiert. Denn jede Mark staatlicher Sanierungsförderung löst ein privates Investitionsvolumen in etwa siebenfacher Höhe aus. Die Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe werden durch die Stadterneuerung ebenfalls häufig verbessert: Durchschnittlich entstehen in einem Sanierungsgebiet mehr als 3.000 Quadratmeter neue oder modernisierte gewerbliche Nutzungsflächen. Schließlich verbessern städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen vielfach die Umweltbedingungen und helfen Energie sparen.

Das zeigt: Wer in die Erhaltung der baulichen Substanz unserer Gemeinden investiert, schafft rundum mehr Lebensqualität.

### ● Sparsamer Umgang mit der freien Landschaft

Dem sparsamen Umgang mit der freien Landschaft durch den Vorrang von Ausbau vor Neubau messen wir besondere Bedeutung zu. Stadt- und Dorfentwicklung werden sich auf die bereits überbauten Bereiche konzentrieren. Mit der Novellierung der Landesbauordnung haben wir, neben Vereinfachungen und Erleichterungen zugunsten der Bauherren, die rechtlichen Möglichkeiten für flächensparendes Bauen verbessert. Wir werden darauf achten, daß Erschließung, örtliche Energieversorgung und räumliche Neuordnung in den Gemeinden so zweckmäßig und umweltfreundlich wie möglich erfolgen.

### ● Viele Initiativen für den Wohnungsbau

Die Nutzung des vorhandenen Bestands ist auch ein wesentliches Kriterium unserer Wohnungsbaupolitik. **Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren mit der Vorlage einer geschlossenen wohnungspolitischen Konzeption bundesweit Schrittmacherdienste geleistet.**

Durch den Abbau nicht mehr gerechtfertigter Subventionen konnte der soziale Wohnungsbau belebt werden. Allein unserem Land flossen aus der Anhebung der Zinsen für Altdarlehen 170 Mio. DM zu, mit denen 6.000 Miet- und Eigentumswohnungen zusätzlich gefördert werden konnten.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau wurden verbessert, die mietrechtlichen Regelungen den Markterfordernissen angepaßt. Beides führte zu einer Belebung des Wohnungsmarkts und zu einer erheblichen Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen. Zusätzliche Anreize konnten auch durch das in Baden-Württemberg entwickelte Sozial-Bauherrenmodell und durch ein Programm gegeben werden, das die Versicherungswirtschaft wieder zum Bau von Mietwohnungen veranlaßt.

**Auch zukünftig werden wir alles daran setzen, um vor allem jungen Familien mit Kindern den Erwerb von Haus- und Wohnungseigentum zu erleichtern. Dafür müssen die Baukosten in einem tragbaren Rahmen gehalten werden. Im Sinne des 1983 aufgelegten Sonderprogramms „Preiswertes Wohneigentum“ werden wir auf dem Eigenheimsektor das Angebot an kostengünstigen Wohnformen erweitern.** Wir erwarten vom Bund, daß nach dem Auslaufen der wohnungsbaupolitischen Sonderprogramme eine befriedigende Dauerlösung für die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums geschaffen wird.

## **Wir bekennen uns zu unserer föderativen und europäischen Verantwortung**

Baden-Württemberg bleibt ein verlässliches Glied und ein eigenständiger Partner des Bundes. Wir bekennen uns zu unserer föderativen Verantwortung. Diese Verantwortung werden wir, wie in der Vergangenheit auch, durch konstruktive Mitwirkung im Bundesrat und durch feste Vertretung der Interessen Baden-Württembergs als des wirtschafts- und finanzstärksten Bundeslandes wahrnehmen.

### **● Wir unterstützen die Bundesregierung beim Neuanfang**

Durch vielfältige Initiativen hat sich die baden-württembergische CDU als starke, richtungsweisende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland Geltung verschafft. Wir unterstützen die neue Bundesregierung vorbehaltlos in ihrem Bemühen, die von SPD und FDP zerrütteten Finanzen des Bundes wieder in Ordnung zu bringen und dadurch einen soliden Neuanfang zu erreichen.

Wir werden zusammen mit der Bundesregierung den Abbau der Mischfinanzierung vorantreiben, um wieder zu einer klaren Aufgaben- und Ausgabenverteilung zwischen Bund und Ländern zu gelangen. **Wir werden die Bundesregierung nachhaltig ermutigen, gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen zu bekämpfen, die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zu stärken und die solidarische Kraft der Gemeinschaft zu fördern.**

Wir wollen, zusammen mit dem Bund, die notwendigen Weichenstellungen für eine zukunfts offene Wirtschafts- und Forschungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen. Wir sind bereit, zugunsten der Zukunftschancen unserer Jugend auch unpopuläre Sparmaßnahmen mitzutragen.

### **● Die CDU will ein kraftvolles Europa**

Als Bürger eines europäischen Kernlandes wissen wir um die Bedeutung des europäischen Einigungswerks. Die Bundesrepublik war stets ein aktiver Befürworter des europäischen Gedankens. Länder und Gemeinden haben, durch Städtepartnerschaften, Jugendaustausch und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, ihr Interesse an einem lebendigen Europa nachhaltig bekundet.



Wir sehen nun mit großer Sorge, daß europäische Gemeinsamkeiten zwischen widerstreitenden nationalen Interessen verlorenzugehen drohen. Die Bürger wollen aber kein zerstrittenes und gelähmtes, sondern ein dynamisches und kraftvoll handelndes Europa.

Deshalb sagen wir: **Die Europäische Gemeinschaft muß sich wieder auf ihre eigentlichen Zukunftsaufgaben besinnen. Gemeinsamer Umweltschutz und enge Zusammenarbeit in der Forschung gehören dazu.** Der Kampf gegen die Luftverschmutzung zur Rettung unserer Wälder, der auf europäischer Ebene durch christlich-demokratische Initiativen im Europarat und im Europäischen Parlament erfolgreich begonnen worden ist, muß entschlossen weitergeführt werden. Große Forschungsvorhaben, welche die Möglichkeiten eines einzelnen Landes überschreiten, gehören in die Obhut einer konzentrierten europäischen Forschungspolitik.

Handels- und Abfertigungshemmnisse, vor allem an den europäischen Grenzen, müssen abgebaut, unterschiedliche Auffassungen über Finanzierungsfragen des Agrarmarktes in partnerschaftlichem Geist beigelegt werden. Nur so bleibt das „Bauwerk Europa“ auch für die Jugend eine lohnende Aufgabe.

#### ● Unsere Verantwortung für die Dritte Welt

Die Intensität der weltwirtschaftlichen Verflechtung Baden-Württembergs erfordert über den europäischen Rahmen hinaus die Pflege und den Ausbau internationaler Kontakte. Wir werden uns dieser Verantwortung auch künftig durch wirtschaftsfördernde Maßnahmen und durch Entwicklungshilfeleistungen stellen. Schon heute bestreitet Baden-Württemberg fast 40 % der Entwicklungshilfeausgaben aller Bundesländer. Wir werden vor allem bei der beruflichen Aus- und Fortbildung, durch personelle Unterstützung und in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, unseren tatkräftigen Hilfsbeitrag zur Minderung der Probleme in der Dritten Welt leisten.

## Aufruf

Wir in Baden-Württemberg, die Bürger mit ihrem Können und Fleiß und die CDU als bestimmende politische Kraft, haben unser Land stark gemacht. Wir haben gezeigt, was Freiheit und Verantwortungsbewußtsein, Kreativität und Verlässlichkeit zuwege bringen können. Dieselben Tugenden und Fähigkeiten werden uns helfen, den Strukturwandel erfolgreich zu bestehen, unser Land an der Spitze zu halten und kommenden Generationen den Boden für eine chancenreiche Zukunft in Frieden und Freiheit zu bereiten.

Damit dies gelingt, darf Bewährtes nicht in Frage gestellt und Dynamik nicht gebremst werden. SPD, FDP und Grüne würden uns, wenn sie im Land zu bestimmen hätten, vom klaren Kurs abbringen.

Wir wollen aber weder den Weg zurück noch verschlungene Seiten- und Irrwege. Wir wollen, daß es mit Baden-Württemberg wie bisher gradlinig vorangeht. Deshalb muß die CDU Baden-Württemberg wieder alleine regieren. **Deshalb muß unser Ministerpräsident Lothar Späth seine erfolgreiche Politik konsequent fortsetzen können. Unser Land braucht Lothar Späth. Die CDU Baden-Württemberg braucht die Unterstützung aller Bürger.**

**Deshalb bitten wir Sie:  
Geben Sie am 25. März 1984 der CDU  
Ihre Stimme.**

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ist ein zentrales Thema der CDU in Baden-Württemberg. Die CDU setzt sich für eine ausreichende Anzahl von Ärzten ein, die in ländlichen Gebieten tätig sind. Dies ist notwendig, um die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die CDU Baden-Württemberg ist überzeugt, dass eine gute Gesundheitsversorgung ein Grundrecht jedes Bürgers ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Versorgung im ländlichen Raum nicht vernachlässigt wird. Dies ist ein zentrales Anliegen der CDU in Baden-Württemberg.

Die CDU Baden-Württemberg ist überzeugt, dass eine gute Gesundheitsversorgung ein Grundrecht jedes Bürgers ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Versorgung im ländlichen Raum nicht vernachlässigt wird. Dies ist ein zentrales Anliegen der CDU in Baden-Württemberg.

Deshalb bitten wir Sie:

Geben Sie Ihre Stimme für die CDU  
Herausgeber: CDU Landesverband Baden-Württemberg, Hohenheimer Str. 9, 7000 Stuttgart 1  
Verantwortlich: Walter Penther

Ihre Stimme